

### **Berichtsvorlage**

zur Behandlung im: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**

Vorberatung im: -----

---

**Betreff: Verschlinkung und Verbesserung des Informationssystems für den Gemeinderat**

Bezug: Antrag 500/2011 und Antrag 544/2012 der SPD-Fraktion, Vorlagen 25/2011, 402/2012

Anlagen: Bezeichnung:

---

#### **Zusammenfassung:**

Die Verwaltung nimmt zu den Fragen und Anträgen der SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

- Anders als die Vorlage 25/2011 vermuten lässt, ist das Druckvolumen von 2006 bis 2009 nicht um drei Millionen Seiten angestiegen. Mit Abschluss eines neuen Vertrages zur Bereitstellung und Wartung der Drucksysteme hat sich jedoch das Druckvolumen, auf dem der neue Vertrag basiert, im Vergleich zum Vorgängervertrag von 2 auf 5 Millionen Seiten erhöht. Das reale Druckvolumen ist jedoch nur um ca. eine Million Seiten gestiegen. Nach dem Höhepunkt im Jahr 2008 ist das Druckvolumen wieder rückläufig.
- Die Verwaltung strebt an, Beschlussanträge und Zusammenfassungen künftig so zu formulieren, dass der wesentliche Inhalt der Vorlage ersichtlich wird. Dadurch kann auf eine einseitige „Ministervorlage“, wie von der SPD beantragt, verzichtet werden.
- Die Verwaltung hat sich Ende Oktober 2011 nach intensiver Information entschieden, das in vielen Kommunen eingeführte Produkt „Sitzungsmanagement Session / SessionNet“ einzuführen. Der Echtbetrieb ist zum Jahresbeginn 2013 vorgesehen. Damit geht auch eine Verbesserung des Informationsangebots für den Gemeinderat einher. Zusätzlich plant die Verwaltung voraussichtlich ab Sommer 2013 für interessierte Stadträtinnen und Stadträte die Einführung von „mandatos“ als Alternative zu den gedruckten Vorlagen.

#### **Ziel:**

Entlastung des Gemeinderats und der Verwaltung

## Bericht:

### 1. Anlass / Problemstellung

Mit dem Antrag 500/2011 hat die SPD-Fraktion folgendes beantragt:

1. Wie ist es zu einer Aufblähung des Druckvolumens von 2 Mio. auf 5 Mio. im Zeitraum von 2006 bis 2009 gekommen (Vorlage 25/2011)? Mit welchem Anteil erstreckt sich diese ungeheure Vermehrung von Vorlagen für den Gemeinderat?

2. Die Verwaltung bereitet die Vorlagen für den Gemeinderat künftig knapper, konzentrierter und handhabbarer auf. Unumgänglich längeren Vorlagen wird eine einseitige „Ministervorlage“ mit den tragenden Informationen vorgeschaltet. Die Zahl der Vorlagen wird auf das notwendige Maß beschränkt.

3. Die Verwaltung richtet ein Informationssystem für die Angehörigen des Gemeinderats ein. Es muss den leichten Zugriff zu allen den Gemeinderat betreffenden Unterlagen ermöglichen, insbesondere zu allen Vorlagen, Protokollen und Beratungsergebnissen seit dem Beginn der Datenspeicherung. Dazu gehören auch die nicht-öffentlichen Vorlagen. Insofern muss der Zugang passwortgeschützt sein (Intranet-Zugriff).

Mit dem Antrag 544/2012 greift die SPD-Fraktion diese Fragen nochmals auf und beantragt zusätzlich, die Ausstattung des Gemeinderats mit Tablets vorzubereiten.

### 2. Sachstand und Vorgehen der Verwaltung

#### 2.1 Vermehrung des Druckvolumens

Das Druckvolumen der Stadtverwaltung hat sich seit 2006 wie folgt entwickelt:

|                   | 2006      | 2007      | 2008      | 2009      | 2010      | 2011      |
|-------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Gesamtvolumen     | 4.097.530 | 4.381.406 | 5.064.557 | 4.890.031 | 4.619.849 | 4.538.048 |
| davon Gemeinderat | 583.151   | 715.774   | 780.779   | 761.890   | 721.686   | 722.581   |

Zusätzlich zu den Aufträgen an die Hausdruckerei werden in geringer Menge Druckaufträge bspw. von Broschüren nach außen vergeben. Diese Druckvolumina lassen sich jedoch nur mit einem unverhältnismäßig hohen Arbeitsaufwand ermitteln. Die Zahlen haben daher eine gewisse Unschärfe. Dennoch zeigt es sich, dass das Druckvolumen im Jahr 2008 seinen Höhepunkt erreicht hat und seitdem die Bemühungen der Verwaltung, die Druckvolumina zu reduzieren, erste Erfolge zeigen.

Die dem Gemeinderat in Vorlage 25/2011 dargestellten 2 Mio. Seiten Druckvolumen im Jahr 2006 beruhen auf einem Missverständnis. Im Jahr 2006 hatte die Stadtverwaltung noch einen Vertrag zur Bereitstellung und Wartung der Drucksysteme, der auf einem Druckvolumen von 2 Mio. Seiten im Jahr basierte. Dies war aber nur die Vertragsgrundlage und nicht das reale Druckvolumen. Seitens des Vertragspartners wurden jedoch aus Kulanzgründen keine Mehrkosten für die Mehrdrucke in Rechnung gestellt. Die reinen Verbrauchskosten wurden von der Stadt finanziert. Die neue Ausschreibung für die Jahre 2010 ff. basierte dagegen, wie in der Vorlage dargestellt, auf dem realen Druckvolumen des Jahres 2009.

## 2.2 Vorlagenstrukturierung

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Einführung einer „Ministervorlage“ und das Ergebnis der Sitzung der Arbeitsgruppe „Arbeitsentlastung für den Gemeinderat“ (vgl. Vorlage 402/2012) zielen darauf ab, durch die Einführung eines Deckblattes, anhand der Kategorien Beschluss, Begründung, Kosten und Sachstand die wesentlichen Inhalte einer Vorlage auf einer Seite zusammen zu fassen.

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass die Grundstruktur der ersten Seite der Beschluss- und Berichtsvorlagen mit den Überschriften Beschluss bzw. Zusammenfassung, finanzielle Auswirkungen und Ziel dieses Anliegen bereits erfüllt. Die Verwaltung strebt an, Beschlussanträge und Zusammenfassungen künftig so zu formulieren, dass der wesentliche Inhalt der Vorlage ersichtlich wird. Dadurch kann auf eine einseitige „Ministervorlage“, die zusätzlich erstellt werden müsste, verzichtet werden. Bei Mitteilungsvorlagen kann auf eine Zusammenfassung generell verzichtet werden, da diese informativen Charakter haben und keine Entscheidung vom Gemeinderat verlangen.

## 2.3 Sitzungsmanagement und Informationssystem

Die Verwaltung hat sich Ende Oktober 2011 nach intensiver Information entschieden, das in vielen Kommunen eingeführte Produkt „Sitzungsmanagement Session / SessionNet“ der Firma Somacos, das vom Rechenzentrum „Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU)“ angeboten und betreut wird, einzuführen.

„Session“ unterstützt die Verwaltung in allen Bereichen des Sitzungsmanagements (Sitzungskalender, Vorlagenerstellung, Sitzungsdienst, Beratungsergebnisse und Niederschrift, Sitzungsgeldabrechnung, Stammdatenverwaltung).

„Session Net“ beinhaltet ein differenziertes Informationsangebot durch Infoportale sowohl für den Gemeinderat, als auch für die Bürgerschaft und die Verwaltung. So wird der Gemeinderat zukünftig auch auf nichtöffentliche Vorlagen und die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen online zugreifen können.

Die Software „Session“ wird derzeit in der Verwaltung eingeführt. Die Kosten für die Beschaffung der Software und die Implementierung in der Verwaltung belaufen sich auf ca. 35 T€. Die Mittel dafür wurden im Haushalt 2012 unter der Haushaltsposition 2.0610.9351 (Software-Infrastruktur) bereit gestellt. Der Echtbetrieb ist zum Jahresbeginn 2013 vorgesehen.

Für den Sommer 2013 plant die Verwaltung darüber hinaus testweise für interessierte Stadträtinnen und Stadträte die Software „mandatos“ einzuführen. „mandatos“ ist eine für Mandatsträgerinnen und -träger entwickelte Weiterentwicklung von „SessionNet“. „mandatos“ ermöglicht unter anderem, elektronische Notizen an den Vorlagen anzubringen und den Zugriff auf Vorlagen und Tagesordnungen, ohne dass ein permanenter Netzzugang gegeben sein muss. Die Verwaltung wird die für den Test erforderlichen Tablets kostenfrei zur Verfügung stellen und die interessierten Stadträtinnen und Stadträte schulen.

In einigen Kommunen ersetzt „mandatos“ in Verbindung mit der entsprechenden Hardware bereits vollständig gedruckte Vorlagen. Die Stadt Villingen-Schwenningen hat dafür eine Amortisationsrechnung durchgeführt. Demnach amortisieren sich die Kosten für die Anschaffung der Tablets bereits in 1,4 Jahren durch Einsparungen bei den Druckkosten. Amortisationsrechnungen anderer Kommunen kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

3. Finanzielle Auswirkungen

Die Verwaltung geht davon aus, dass ca. zehn Stadträtinnen und Stadträte an einem ersten Test mit Tablets teilnehmen werden. Für die Anschaffung von zehn Tablets sowie der Software „mandatos“ wird die Verwaltung im Haushalt 2013 16.700 € beantragen.